

Die Ironie des Fortschritts?

Kommentar zu Volker M. Heins' *Fortschritt und Ironie in der Politischen Theorie*

Andreas Niederberger*

John Stuart Mill beginnt seine Utilitarismusschrift mit der Klage, dass es mit Blick auf das normative Wissen seit der Antike kaum Fortschritt gegeben habe (vgl. Mill 1969: 205). Fortschritt versteht er dabei so, dass wir ein Mehr an Wissen in der Form gewinnen, dass wir über gesicherte Erkenntnisse verfügen, auf denen weitere Forschung aufbauen kann, oder wenigstens Annahmen als definitiv falsch verwerfen können. Dieses Problem fehlenden Fortschritts wird sich für Mill erst dann lösen, wenn wir einen letzten Standard identifizieren, der von normativen Theorien selbst unabhängig ist und an dem die verschiedenen Theorieangebote überprüft werden können (vgl. ebd.: 207). Wie wir wissen, hat Mills Vorschlag, den Nutzen als Standard zu betrachten, keine allgemeine Anerkennung gefunden. Volker Heins (2015) nimmt in seinem Text zu *Fortschritt und Ironie in der Politischen Theorie* dennoch die Vorstellung Mills auf, dass sich der Fortschritt der Politischen Theorie nur an einem ihr externen Standard bemessen lassen kann – und in der Kopplung von Fortschritt und Ironie will er dabei zeigen, dass die politischen Theorien die fortschrittlichsten sind, die sich am stärksten der Unmöglichkeit bewusst sind, eine einzige Theorie zu entwickeln, die auf ihren gesamten Gegenstandsbereich passt. Fortschritt besteht also in der Relativierung der eigenen Aussagen auf spezifische Kontexte und sogar in der Einsicht, dass die jeweiligen Forderungen der Theorien unter veränderten Umständen zum Gegenteil des Angestrebten führen können.

Gegner von Heins sind daher monistische Theorien, die jeweils von *einer* Grundannahme oder *einem* Grundprinzip (beziehungsweise bei Heins von *einem* „Gut“) ausgehend die Defizite vorliegender Verhältnisse diagnostizieren und Veränderungen vorschlagen. Solchen Theorien zufolge würde Fortschritt darin bestehen, dass die jeweilig grundlegende Forderung zunehmend anerkannt und ihre hierarchisierende und strukturierende Funktion für weitere normative Ansprüche wie auch für die (richtige) Organisation gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse immer besser verstanden wird. Wenn etwa Theorien globaler Gerechtigkeit alles auf ein universelles Gerechtigkeitsprinzip beziehen, dann können Bedingungen, unter denen Staaten oder kulturelle Gemeinschaften bestehen, nur in dem Maß berücksichtigt werden, wie sie dem Ziel dienen, das Gerechtigkeitsprin-

* Prof. Dr. Andreas Niederberger, Universität Duisburg-Essen
Kontakt: andreas.niederberger@uni-due.de

zip zu realisieren, oder ihm zumindest nicht zuwiderlaufen. Ein globales Gerechtigkeitsprinzip lässt sich daher, wie Harald Müller (2008: 138–139) in einer ähnlichen Diagnose formuliert hat, angesichts der vielen widerstrebenden Strukturen in der Weltgesellschaft durchaus als normativ und politisch fragwürdige Anleitung zu einem „äußerst konfliktträchtig[en] und gewalthaltig[en], [...] im Kern euro- oder atlantozentrische[n] Hegemonialprojekt“ begreifen.

Egal, wie normativ präzise sich monistische Ansätze heute darzubieten vermögen, so müssen sie doch angesichts des Diskussionsstandes der frühmodernen Politischen Theorie, so Volker Heins' zentrale und provokante These, als rückschrittlich gelten. Betrachtet man nämlich die Entwicklung der relevanten Schritte in der modernen Politischen Theorie, dann zeigt sich erstens, dass diese Theorien explanatorische und normative Ansprüche miteinander verbinden, und zweitens, dass sie auf Spannungen zwischen den Ansprüchen reagieren. Viele aktuelle Ansätze verzichten demgegenüber darauf, Explanatorisches und Normatives zu verbinden, und sind deshalb auch unsensibel gegenüber dem Kontrast zwischen den „großen ideellen Zusammenfassungen“ und der „unbeherrschbaren Vielfalt von ‚eigensinnigen Realitäten‘“ (Heins 2015: 75). Die historischen Figuren Politischer Theorie, auf die Heins Bezug nimmt, präsentieren dabei eine (negativ-)dialektische Bewegung: Gegen Machiavelli erklärt Hume die Stabilität von Gemeinwesen über Institutionen und nicht über Nahbeziehungen und Tugenden, was ihn einerseits zu Reflexionen darüber führt, welche Institutionen wie eingerichtet sein müssen, und es ihm andererseits ermöglicht, normative Erwartungen auch an größere politische Gemeinwesen mit nicht per se tugendhaften Akteuren zu richten. Hamilton und Madison schließen an Hume an und halten über ihn hinausgehend fest, dass Institutionen aufgrund pluralistischer gesellschaftlicher Verhältnisse existieren und daher auch diesen Pluralismus erhalten müssen. Die Demokratie, die hier ins Zentrum tritt, geht also von der „unbeherrschbaren Vielfalt“ aus und darf sie auch nicht beseitigen, wenn sie bestehen bleiben soll. Tocqueville schließlich zeigt, dass dieses Verständnis der Demokratie als eines Gleichgewichts (in) der Vielfalt die Krise nicht zu erklären und zu bewältigen vermag, die sich daraus ergibt, dass eine solche Demokratie doch ein gleiches, letztlich antidemokratisches oder antipolitisches Interesse aller (oder wenigstens sehr vieler) an einer politischen Ordnung erzeugt, die ihren Wohlstand erhält und somit unabhängig von spezifisch politischen Ansprüchen einen gewissen Output gewährleisten soll. Selbst die Integration der Vielfalt in die Politische Theorie – und das heißt ihr Anerkennen einer gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit, die in und von der Theorie nicht aufgehoben werden kann – reicht nicht aus. Die Politische Theorie muss je nach Kontext „realistisch“ oder „weltverbessernd“ sein, sodass die „Ironie“ der heinsschen Erzählung darin besteht, dass die Gründe, die dafür sprachen, sich von den tugendhaften Bürgerinnen und Bürgern ab- und den Institutionen zuzuwenden, letztlich Gründe sind, die dafür sprechen, sich den tugendhaften Bürgerinnen und Bürgern zu- und von den Institutionen abzuwenden.

Im Anschluss an Mill wurden zwei Dimensionen von Fortschritt unterschieden, nämlich einerseits der Gewinn von sicherem Wissen und andererseits der Ausschluss von falschen Annahmen. Heins' Fortschritt in der Politischen Theorie ist von der zweiten Art; er besteht darin, dass wenigstens zwei Annahmen, nämlich diejenige, Politische Theorie könne sich auf ein einziges (eventuell andere Prinzipien begründendes und organisierendes) Prinzip stützen, sowie die weitere, die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit könne jemals eine Gestalt annehmen, bei der sie dauerhaft das normativ Wünschenswerte hervorbringen würde, als falsch zurückgewiesen werden. Aber zeigen Heins' Ausführun-

gen wirklich, dass wir die beiden Annahmen als falsch verwerfen müssen? Die Unmöglichkeit einer politischen Theorie, sich auf ein einziges Prinzip zu stützen, wird wesentlich unter Verweis darauf begründet, dass sich wichtige aktuelle Phänomene nur angemessen bewerten lassen, wenn die drei Ziele der Stabilität, der Gerechtigkeit und des Allgemeinwohls berücksichtigt werden. Dazu ist aber selbst wieder ein Kriterium vonnöten, das zeigt, warum die eindimensionale Betrachtung der Phänomene unangemessen sein sollte. Hilft es dazu, die Phänomene selbst genauer anzuschauen und in ihrem Widerspruch zur eindimensionalen Betrachtungsweise zu Wort kommen zu lassen, wie es klingt, wenn Heins fordert, „den Zusammenhang der drei Güter [...] am Material konkreter Konflikte erneut herauszuarbeiten“ (ebd.: 81)? Warum sollte der Bedeutungszuwachs neuer, nicht klassisch legitimerter Akteure, wie etwa von NGOs, ein Problem darstellen, wenn es richtig ist, dass Legitimation sich direkt aus der Geltung beziehungsweise Anwendung von Gerechtigkeitsprinzipien ergibt? Vielleicht ließe sich zeigen, dass die Gerechtigkeitsprinzipien mittel- oder langfristig nicht (effizient) erfüllt, also nicht nachhaltig realisiert werden, wenn heute nicht klassisch legitimierte Akteure in ihrem Namen wirken und damit das Handeln klassisch legitimerter Akteure, wie vor allem der Staaten, einschränken. Aber dies könnte auch die Gerechtigkeitstheorie anerkennen, ohne dass weitere Güter berücksichtigt werden müssten. Und Ähnliches wäre zu monistischen Theorien zu sagen, die der Stabilität oder dem Allgemeinwohl den Primat zuschreiben.

Die Geltungsansprüche politischer Theorien lassen sich nur in zwei Fällen unter Verweis auf ihre Schwierigkeiten problematisieren, die beim Umgang mit gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen sichtbar werden. Entweder zeigen sich Widersprüche, die sich aus und mit den eigenen normativen Prinzipien einer Theorie ergeben, oder es lässt sich ein normatives Prinzip begründen, das den Zusammenhängen (beziehungsweise einer bestimmten Gestalt derselben) normative Bedeutung zuschreibt und darüber auch die empirischen Bedingungen für ihr Ent- und Bestehen, wie etwa die „sozialmoralischen Grundlagen der Demokratie“ (ebd.: 82) in den Blick rückt. Heins' Argumentation rekurriert nicht auf ein neues Prinzip, von dem her demonstriert wird, dass und warum die Orientierung an Stabilität, Gerechtigkeit oder Allgemeinwohl in einzelnen Kontexten zu (normativ) fragwürdigen Resultaten führt. Ein solches Prinzip könnte, wie zuvor bereits festgehalten, auch nicht aus der Auseinandersetzung mit den entsprechenden Kontexten gewonnen werden, sondern es müsste letztlich besser begründet und plausibler sein als die Prinzipien, die zurückgewiesen werden. Die bloße Nichtübereinstimmung der Folgen, die die Geltung eines Prinzips in einem Kontext hätte, mit unseren normativen oder politischen Intuitionen ist kein hinreichender Grund, um das entsprechende Prinzip aufzugeben oder einzuschränken. Die am Ende des Textes angeführten Konflikte deuten vielmehr darauf hin, dass Heins Widersprüche in den monistischen Theorien selbst zu identifizieren meint. Solche Widersprüche würden aber wiederum nicht ausreichen, um die Orientierung an nur einem „Gut“ zurückzuweisen, wenn sie jeweils einzelne Widersprüche der Prinzipien der Stabilität, der Gerechtigkeit oder des Allgemeinwohls wären. Heins kommt daher auch zu dem weitergehenden Schluss, dass sich die Widersprüche dadurch ergeben, dass (a) alle drei Ansätze die Demokratie zur Realisierung ihrer Prinzipien voraussetzen müssen und (b) die Bedingungen für das Bestehen, Erhalten und Funktionieren der Demokratie je nach Kontext und historischer Situation eine Orientierung an Stabilität, Gerechtigkeit oder dem Allgemeinwohl erfordern. Jede vermeintlich monistische Theorie muss also zu ihrer Realisierung voraussetzen, dass es nicht nur ein einziges grundlegendes Prinzip gibt, an dem sich die gesellschaftliche und politische Ordnung beziehungs-

weise die Akteure in ihr ausrichten (sollten), sondern manchmal auch die je anderen Prinzipien vorrangig zur Anwendung kommen müssen.

Es mag viel für (b) sprechen, aber es ist nicht überzeugend, dass Stabilität, Gerechtigkeit und Allgemeinwohl notwendigerweise der Demokratie bedürfen. Dies mag in einigen Varianten entsprechender Theorien der Fall sein, aber allgemein gilt dies nicht. Ganz im Gegenteil werden die Prinzipien in vielen derartigen Theorien gerade angeführt, um Grenzen der oder Alternativen zur Demokratie herauszustellen. Eine interne Bindung der Stabilitäts-, Gerechtigkeits- und/oder Allgemeinwohltheorie an die Demokratie ergibt sich nur, wenn doch ein anderes Prinzip, wie etwa dasjenige der Freiheit, als letztlich grundlegender und damit die anderen Prinzipien begründend erachtet wird. Insofern kommt die Zurückweisung der Annahme, die Politische Theorie könne sich auf ein einziges Prinzip stützen, nicht ohne ein alternatives Prinzip aus, das wiederum so verfasst ist, dass es die anderen Prinzipien und vor allem die Demokratie erforderlich macht – und damit zwar *ein* grundlegendes Prinzip ist, aber zwangsläufig auf andere Prinzipien verweist.¹ Bei dieser Annahme würde sich damit aber der Fortschritt nicht (allein) durch die Konfrontation mit einem externen Standard ergeben, sondern (insbesondere auch) qua normativer Begründung.

Die Falschheit der zweiten Annahme, dass die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit an sich jemals dauerhaft hinreichend dafür sein könnte, dass das normativ Wünschenswerte realisiert wird, lässt sich wahrscheinlich einfacher erweisen. Hier fragt sich allerdings, ob ein solcher Ansatz, der jede praktische („weltverbessernde“) Dimension der Politischen Theorie leugnet, überhaupt ernsthaft vertreten wird. Kandidaten dafür könnten kantianische Positionen sein, die allein auf eine institutionelle Ordnung abzielen, deren Bestehen dauerhaft möglich und hinreichend für das normativ Gebotene wäre, oder (rechts-)hegelianische Positionen, in deren Augen die Vernünftigkeit von Praktiken und ihrer Sedimentierung in Institutionen die höchste zu erreichende Sittlichkeit darstellen. Aber auch solche Positionen trennen das Bestehen des normativ Wünschenswerten nicht von den Handlungen und Überzeugungen derjenigen ab, die in den entsprechenden Ordnungen leben und sie überhaupt konstituieren. Damit bleibt jedoch zumindest indirekt eine praktische Perspektive der jeweils Agierenden relevant – und dementsprechend auch deren Interesse an einer Theorie, die sie über ihre Rolle und Möglichkeiten aufklärt.

Abschließend stellt sich die Frage, was mit diesem „negativen“ Fortschritt für die Zukunft der politischen Theorie gewonnen wurde. Was bedeuten die Zurückweisung des stabilitäts-, gerechtigkeits- oder allgemeinwohltheoretischen Monismus und die Anerkennung der Interventionsbedürftigkeit der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit? Es klingt bei Heins – gerade auch über die Prominenz der Ironie im Titel, die vom Text, in dem die Ironie nur am Rand vorkommt, nicht ganz gerechtfertigt wird – ein wenig so, als bliebe uns nur eine kasuistische politische Theorie, die von Kontext zu Kontext andere Erwartungen, Grenzen und Probleme gesellschaftlich-politischer Ordnung und Koexistenz identifiziert. Der Fortschritt wäre folglich eine Art des Rückzugs und das Eingeständnis, dass die Theorie mit Blick auf die „unbeherrschbare Vielfalt“ immer zu kurz greift.

Aber folgt eine solche Perspektive wirklich aus der richtigen Kritik am falschen normativen Monismus und dem rigiden Institutionalismus? Wenn es richtig ist, die beiden Annahmen zu verwerfen, kann sich daraus auch ergeben, dass die Politische Theorie (na-

1 Vergleiche zu einer entsprechenden freiheitstheoretischen Argumentation Niederberger (2011).

türlich in anderer Art) ambitionierter wird als zuvor: Sie muss sich mit der Frage auseinandersetzen, was es heißt, dass die normativen Prinzipien, auf die sie referiert, selbst empirischen Bedingungen unterworfen sind, und sie muss diskutieren, was es bedeutet, dass die Politische Theorie ein relevanter Faktor für die Entwicklung gesellschaftlich-politischer Verhältnisse ist – und zwar in einer Weise, die von der Theorie selbst nicht kontrolliert wird und die auch nicht als Anwendung der Theorie zu verstehen ist. Diese Herausforderungen anzuerkennen, hätte sowohl für die normativen und explanatorischen Dimensionen der Politischen Theorie (und das heißt auch deren Verortung zwischen Politischer Philosophie, Sozialphilosophie und Sozialwissenschaften) und deren Zusammenhang wie vor allem auch für die Frage nach der Methode der Politischen Theorie immense Konsequenzen. Das wäre dann ein möglicherweise nicht so ironischer Schluss aus den richtigen und spannenden Überlegungen von Volker Heins zu den Grenzen und Defiziten aktueller Politischer Theorie.

Literatur

- Heins, Volker M., 2015: Fortschritt und Ironie in der Politischen Theorie. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 6, 75–83.
- Mill, John Stuart, 1969: *Utilitarianism*. In: Ders., *Collected Works*. Volume X, Toronto / Buffalo.
- Müller, Harald, 2008: *Parlamentarisierung der Weltpolitik – Ein skeptischer Warnruf*. In: Regina Kreide / Andreas Niederberger (Hg.), *Transnationale Verrechtlichung. Nationale Demokratien im Kontext globaler Politik*, Frankfurt / New York, 137–159.
- Niederberger, Andreas, 2011: *Freiheit und Recht. Zur philosophischen Bedeutung der Demokratie*. In: *Philosophisches Jahrbuch* 118, 21–38